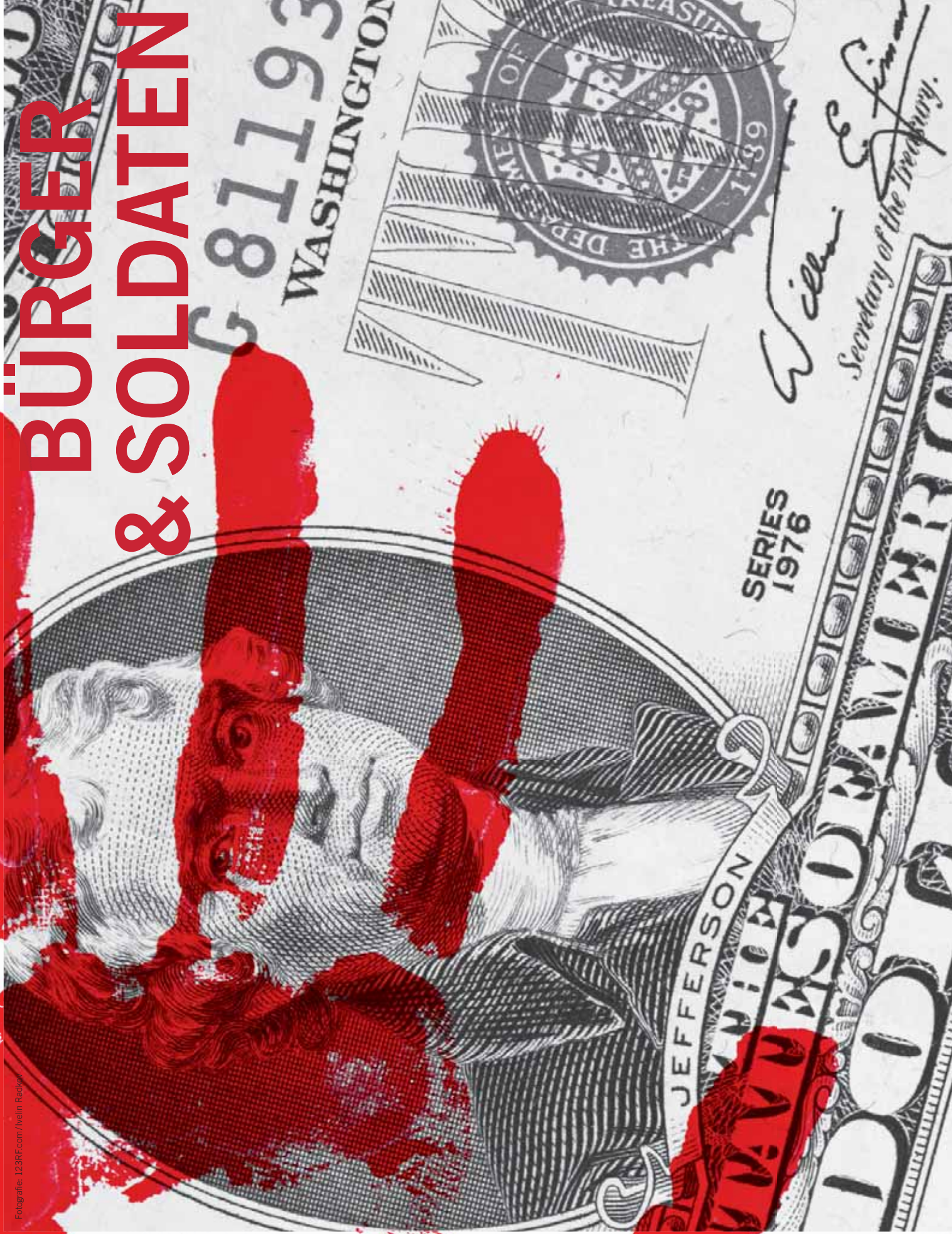


BÜRGER & SOLDATEN



BÜRGER & SOLDATEN

BLUT FÜR DEN FORTSCHRITT?

MANFRED BERG

Mit Krieg assoziieren wir Tod, Leiden und Zerstörung, mit Frieden dagegen Sicherheit, Wohlstand und Entwicklung. Dieser Befund beruht auf schmerzlicher historischer Erfahrung. Kriege waren jedoch immer wieder auch Triebkräfte des technischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Wandels. Heidelberger Historiker zeigen am Beispiel der afroamerikanischen Minderheit in den USA, wie Kriege und ideologische Konflikte als Katalysatoren im Kampf um die Gleichberechtigung dienten.

K

„Krieg ist aller Dinge Vater,
aller Dinge König.“

Heraklit

So schrieb der antike Philosoph um 500 vor Christus. Dem modernen Menschen erscheint diese Vorstellung kaum noch verständlich. Für die ideologische Verklärung des Krieges als „Jungbrunnen“ der Nationen hat die Menschheit einen hohen Preis gezahlt. Gleichwohl lassen sich zahlreiche historische Beispiele dafür anführen, dass Kriege zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung beigetragen haben. Der Erste Weltkrieg etwa war ein wichtiger Katalysator für das Frauenwahlrecht unter anderem in Deutschland und den USA. Dennoch wäre es abwegig, hier eine „historische Gesetzmäßigkeit“ anzunehmen. Kriege führen keineswegs automatisch zu mehr Demokratie oder zur Verbesserung der Lage diskriminierter Minderheiten. Im Gegenteil besteht immer die Gefahr, dass Machthaber Minoritäten zu Sündenböcken für Niederlagen und Entbehrungen machen oder gar Kriege zu „ethnischen Säuberungen“ nutzen. Die positive Verknüpfung von Kriegen und bürgerlicher Gleichberechtigung muss also präzisiert werden.

Der Krieg als Chance

Idealtypisch lassen sich meines Erachtens zwei grundlegende sinnhafte Kausalzusammenhänge konstruieren: Erstens können Kriege, wenn sie hohe Opfer fordern und ungünstig verlaufen, zum Umsturz der politischen und sozialen Ordnung führen, wie dies am Ende des Ersten Weltkriegs in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn geschah. Nach Niederlagen kann der Sieger ein neues demokratisches Regime verordnen, wie die Alliierten dies nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Japan taten. Zweitens bieten Kriege denen, die von staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen sind, eine politische Chance, ihren Status durch die Demonstration von Patriotismus und Opferbereitschaft zu verbessern.

Das zentrale Argument dieser „Loyalitätsstrategie“ lautet, dass diejenigen, die ihr Leben für ihr Land aufs Spiel setzen, auch das Recht auf staatsbürgerliche Teilhabe und



PROF. DR. MANFRED BERG ist seit 2005 Inhaber der Curt Engelhorn-Proessur für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg und am Heidelberg Center for American Studies. Vor seiner Berufung nach Heidelberg war er unter anderem am Deutschen Historischen Institut in Washington, D.C. tätig. Manfred Berg ist Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zur Geschichte der USA und wurde mit dem Ruprecht-Karls-Preis der Universität Heidelberg (1990) sowie mit dem David Thelen Award der Organization of American Historians (2006) ausgezeichnet.

Kontakt: manfred.berg@zegk.uni-heidelberg.de

Gleichberechtigung haben müssen. Die Kehrseite dieses bis in die Antike zurückreichenden Ideals des Bürgersoldaten war freilich immer, dass es sich trefflich für den Ausschluss derer, die keinen Kriegsdienst leisteten, instrumentalisieren ließ. So war die (bis vor Kurzem als selbstverständlich vorausgesetzte) mangelnde Eignung von Frauen für den Kriegsdienst überall ein Standardargument der Gegner des Frauenwahlrechts.

In den USA gehört der „citizen soldier“ bis heute zum Inventar einer republikanisch-egalitären Ideologie, die zwar lange Zeit nur für weiße Männer galt, grundsätzlich aber auch Frauen und rassisch-ethnischen Minderheiten die Möglichkeit eröffnete, Gleichberechtigung im Namen universaler amerikanischer Werte zu verlangen. In der folgenden Skizze möchte ich darlegen, wie die Afroamerikaner Amerikas Kriege für ihren Kampf um Freiheit und Gleichheit zu nutzen versuchten. Meine Ausgangshypothese lautet, dass der Erfolg dieser Strategie entscheidend vom ideologischen Hintergrund der jeweiligen Konflikte abhing. Kriege im Namen von Freiheit und Demokratie boten größere Handlungsspielräume als Kriege, die, wie der mexikanisch-amerikanische Krieg (1846-1848) und der spanisch-amerikanische Krieg (1898), unter dem Banner der „angelsächsischen Zivilisation“ geführt wurden.

Independence Day als Trauertag

Dass die Unabhängigkeitserklärung der USA vom 4. Juli 1776 die naturrechtliche Gleichheit und Freiheit aller Menschen proklamierte, während rund 450.000 Afrikaner, knapp zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung, versklavt waren, gilt bis heute als großes Paradox der amerikanischen Geschichte. Ihrem Autor Thomas Jefferson und seinen Standesgenossen war durchaus bewusst, dass nichts ihre Freiheitsrhetorik so sehr kompromittierte wie die Sklaverei.

Während und nach der Amerikanischen Revolution ließen viele Sklavenhalter zumindest einige ihrer Sklaven frei, die Nordstaaten der USA beschlossen die graduelle Emanzipation der wenigen dort lebenden Sklaven. Schon während des Unabhängigkeitskrieges (1775-1781) war die Sklaverei ins Wanken geraten, weil der Freiheitsvirus auch die Sklaven erfasste und viele die Wirren des Krieges zur Flucht nutzten. Jefferson schätzte die Zahl der Entflohenen allein für Virginia auf 30.000. Zudem rekrutierten sowohl Briten als auch Amerikaner Sklaven für ihre Streitkräfte und versprachen ihnen als Lohn die Freiheit. Zahlreiche der rund 5.000 schwarzen Soldaten, die aufseiten der Amerikaner dienten, petitionierten nach dem Revolutionskrieg erfolgreich auf Freilassung, indem sie sich darauf beriefen, dass sie als Patrioten unter der amerikanischen Flagge gekämpft hatten. Umgekehrt verließen bis zu 20.000 ehemalige Sklaven zusammen mit den geschlagenen Briten das Land.

Doch obgleich die Amerikanische Revolution eine neue republikanisch-egalitäre Ordnung schuf, führte sie nicht zur Abschaffung der Sklaverei. Im Gegenteil, obwohl sie den Begriff peinlich vermied, schützte die Bundesverfassung von 1787 die Interessen der Sklavenhalter des Südens, der sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zur größten Sklavenhaltergesellschaft der Welt entwickelte. Aus der Rückschau des Jahres 1852 empfand der ehemalige Sklave und Abolitionist Frederick Douglass den Unabhängigkeitskrieg deshalb als Niederlage der Afroamerikaner und erklärte den 4. Juli, den Independence Day, zum „Trauertag“.

Zweite Amerikanische Revolution

Am Vorabend des Amerikanischen Bürgerkrieges (1861–1865) lebten in den Südstaaten der USA circa vier Millionen schwarze Sklaven. Auch die rund 400.000 freien Schwarzen genossen fast nirgendwo in den USA gleiche Bürgerrechte, sondern bildeten eine verachtete Pariakaste. 1857 erklärte der Oberste Gerichtshof der USA, dass auch freie Schwarze niemals Bürger der USA sein könnten. Und zu Beginn des Sezessionskrieges 1861 betonte Präsident Abraham Lincoln, das Kriegsziel der Union sei allein die Rettung der nationalen Einheit und nicht die Abschaffung der Sklaverei. Lincoln musste freilich bald erkennen, dass der Krieg gegen die Sklavenhalter nur zu gewinnen war, wenn er zu einem Kampf gegen die Sklaverei gemacht wurde. Mit seiner Emanzipationserklärung von 1862/63 setzte er eine Dynamik in Gang, die nicht nur das Ende der Sklaverei besiegelte, sondern viereinhalb Millionen Afroamerikaner zu gleichberechtigten Staatsbürgern, einschließlich des Männerwahlrechts, machte.

Dieser radikale Wandel ist der Hauptgrund dafür, warum heutige Historiker den Bürgerkrieg und die nachfolgende Reconstruction (die Wiedereingliederung des Südens der Union zwischen 1865–1877) als „Zweite Amerikanische Revolution“ betrachten. In der Tat war es das erklärte Ziel der Führer des radikalen Flügels der Republikanischen Partei, die „Institutionen, Gewohnheiten und Sitten des Südens zu revolutionieren“, wie es der Kongressabgeordnete Thaddeus Stevens aus Pennsylvania formulierte. Dabei waren die schwarzen Amerikaner keineswegs Zuschauer. Die neuere Forschung hat nachgewiesen, dass die Sklaven durch Flucht, Widerstand, Militärdienst und kommunale Selbstorganisation den Prozess ihrer Befreiung aktiv gestalteten.

Rund 200.000 afroamerikanische Soldaten, zwei Drittel davon befreite Sklaven, dienten während des Bürgerkriegs in der Unionsarmee; 40.000 ließen ihr Leben. Und sie kämpften nicht bloß für das Ende der Sklaverei. Um die Früchte des Sieges zu sichern, so forderten schwarze Soldaten 1863 in einer Petition, sei es notwendig, „den schwarzen Mann zum Wähler zu machen, so wie man ihn zuvor zum Soldaten gemacht hat“. Das Argument blieb nicht ohne Wirkung. Auch Lincoln, der über die

„Nichts kompromittierte die Freiheitsrhetorik der USA so sehr wie die Sklaverei.“

bürgerliche Gleichheit der Rassen eher skeptisch dachte, sprach sich dafür aus, „denen, die tapfer in unseren Reihen gefochten haben“, das Wahlrecht zu gewähren.

Aus der Sicht des weißen Südens handelte es sich bei der durch den Bürgerkrieg ausgelösten Bürgerrechtsrevolution um einen Regimewechsel, der ihnen von den Siegern aus Rachsucht und Parteikalkül aufgezwungen wurde. Rassistische Terrorgruppen wie der Ku Klux Klan bekämpften ihn auch nach dem Ende des Krieges mit Gewalt. Nachdem im Norden die Bereitschaft zum militärischen Schutz der schwarzen Bürgerrechte erlahmt war, errichteten die Südstaaten ein auf institutionalisierter Rassentrennung und Diskriminierung beruhendes Regime der „weißen Vorherrschaft“, das bis in die 1960er-Jahre Bestand hatte. Bürgerkrieg und Reconstruction blieben, so der Historiker Eric Foner, „Amerikas unvollendete Revolution“.

Hehre Ideale und hässliche Praxis

Dass die USA in den Kriegen und ideologischen Konflikten des 20. Jahrhunderts als globale Vormacht der Demokratie auftraten, eröffnete dem afroamerikanischen Bürgerrechtskampf immer wieder die Möglichkeit, den Widerspruch zwischen Amerikas hehren Idealen und der hässlichen Praxis des Rassismus anzuprangern. Zugleich bot sich die Chance, den unerschütterlichen Patriotismus schwarzer Amerikaner herauszustellen, die auch als „Bürger zweiter Klasse“ in segregierten Streitkräften für ihr Land zu kämpfen bereit waren. Die Doppelstrategie aus Protest und Loyalität hatte jedoch bestenfalls begrenzten Erfolg.

**„Wer sein
Leben für das
Vaterland
aufs Spiel
setzt, hat auch
das Recht
auf staats-
bürgerliche
Teilhabe
und Gleich-
berechtigung.“**

Im Ersten Weltkrieg setzten viele Afroamerikaner große Hoffnungen auf Präsident Woodrow Wilsons Kreuzzug für die Demokratie. In der Erwartung, dass Loyalität zu bürgerlicher Anerkennung führen werde, rief der Bürgerrechtler W. E. B. Du Bois die Afroamerikaner dazu auf, „die Reihen mit unseren weißen Landsleuten zu schließen“. Tatsächlich sahen sich die rund 50.000 afroamerikanischen Soldaten, die 1917/18 in Europa dienten, permanenter Diskriminierung ausgesetzt; ein Geheimdossier der US-Armee für die französischen Behörden diffamierte die schwarzen US-Soldaten sogar als potenzielle Vergewaltiger.

Im Zweiten Weltkrieg traten die Bürgerrechtler daher sehr viel fordernder auf. Mit der Ankündigung von Massendemonstrationen zwangen schwarze Bürgerrechtler Präsident Franklin D. Roosevelt 1941 noch vor dem Kriegseintritt der USA zu Maßnahmen gegen Rassendiskriminierung in der Rüstungsindustrie. Eine führende afroamerikanische Zeitung gab die Parole „Double V“ aus, für einen doppelten Sieg über Amerikas äußere Feinde und den Rassismus im eigenen Land. Und natürlich prangerten die Bürgerrechtler immer wieder die geistige Verwandtschaft zwischen der Herrenrasenideologie der Nazis und der heimischen Ideologie der weißen Vorherrschaft an.

Das politische Bewusstsein der Afroamerikaner nahm einen beispiellosen Aufschwung, die Mitgliedschaft der Bürgerrechtsorganisation National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) verzehnfachte sich während des Krieges auf eine halbe Million. Der Stolz auf den Sieg über die selbst ernannte Herrenrasse gab vielen schwarzen Veteranen neues Selbstbewusstsein. „Wenn ich nach Hause komme,“ so ein Heimkehrer, „werde ich mich nie wieder von der Alabama-Version der Deutschen herumstoßen lassen.“ Die Massenwanderung schwarzer Amerikaner aus dem Süden in die Industriezentren des Nordens, wo sie ihr Wahlrecht frei ausüben konnten, führte dazu, dass ihr politisches Gewicht zunahm und ihre Forderungen im US-Kongress mehr Gehör fanden.

Ein steiniger Weg

Obwohl der Zweite Weltkrieg in vieler Hinsicht die strukturellen Voraussetzungen für die Bürgerrechtsrevolution der 1950er und 1960er schuf, resultierte er kurzfristig nicht in einer durchgreifenden Reform der Rassenbeziehungen. Nach dem Krieg scheiterte Präsident Harry S. Truman mit einem ehrgeizigen Bürgerrechtsprogramm an der Sperrminorität weißer Südstaatler im US-Senat. Bezeichnenderweise war der einzige konkrete Erfolg die Aufhebung der Rassentrennung in den Streitkräften, die Truman 1948 durch einen Exekutiverlass anordnete, nachdem Bürgerrechtler gedroht hatten, die Afroamerikaner zur Wehrdienstverweigerung aufzurufen.

Amerikastudien in Forschung und Lehre

Das im Jahr 2004 gegründete Heidelberg Center for American Studies (HCA) gehört zu den zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen der Universität Heidelberg. An dem multidisziplinären Zentrum werden historische, kulturelle, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den USA erforscht und analysiert. Darüber hinaus fördert das HCA den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit und trägt zur Schaffung und Stärkung transatlantischer Netzwerke bei.

Das Zentrum bündelt die auf Amerika bezogene Forschung von sechs Fakultäten und zehn Disziplinen der Universität Heidelberg und bietet damit eine weltweit einzigartige Vielfalt regionalwissenschaftlicher Expertise an: Amerikanische Literatur und Kultur, Geographie, Geschichte, Kunstgeschichte, Musikwissenschaft, Politikwissenschaft, Theologie, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft und Verfassungsrecht. In seinen Bachelor-, Master- und Promotionsprogrammen bildet das HCA interdisziplinär geschulte und interkulturell qualifizierte Amerika-Experten für die Wissenschaft, den öffentlichen Sektor, die Wirtschaft, Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen aus. Über 300 Studierende aus fast 50 Ländern haben dieses Angebot seit 2004 wahrgenommen.

Das Zentrum wurde mithilfe privater Spender und Förderer aufgebaut und finanziert sich zu etwa zwei Dritteln aus privaten und öffentlichen Drittmitteln. Als eine derartige „private public partnership“ ist das HCA einzigartig unter den deutschen Amerikazentren.

www.hca.uni-heidelberg.de

Im frühen Kalten Krieg drohte die Bürgerrechtsbewegung zunächst in den Sog der antikommunistischen Hysterie der McCarthy-Ära zu geraten, weil die Hüter der weißen Vorherrschaft versuchten, die Forderung nach Gleichberechtigung als kommunistische Verschwörung zu diffamieren.

Andererseits bot der Kalte Krieg auch die politische Chance, die Rassendiskriminierung als schwere Belastung für Amerikas Anspruch auf die Führung der „Freien Welt“ zu attackieren. Dieser Appell fand bei den Kalte-Kriegs-Liberalen, darunter die Präsidenten Truman, Kennedy und Johnson, offene Ohren und trug dazu bei, dass die US-Bundesregierung in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre schließlich umfassende Reformen umsetzte, die zum Ende des institutionellen Rassismus in den USA führten. Allerdings wäre es ein Missverständnis, die

BLOOD IN EXCHANGE FOR PROGRESS?

CITIZENS AND SOLDIERS

MANFRED BERG

War is usually associated with death, suffering and destruction. But wars have also undeniably been and continue to be a driving force of technological, economic, social, cultural and political change. In this article Manfred Berg ponders the impact of wars on the African American struggle for freedom and equality. Wars, he argues, may lead to an expansion of civil rights for two basic reasons: First, wars may result in regime change improving the legal, political, and social status of excluded minorities; second, wars offer discriminated groups political opportunities to demonstrate their loyalty and demand inclusion into the national polity.

In American history, the ideal of the citizen soldier, who fights for his country and is therefore entitled to equal citizenship, has been an effective ideological force in the expansion of civil and participation rights. From the War of Independence to the Vietnam War, black Americans used armed conflicts as a discursive weapon to expose the yawning gap between America's democratic and egalitarian creed and its racist discrimination against non-whites. The most sweeping changes in the status of blacks came in the wake of the American Civil War. Confederate defeat and the ensuing regime change, the author claims, amounted to a "Second American Revolution" because the Civil War made four million slaves into U.S. citizens entitled to equal protection of the laws. These revolutionary changes were partly undone, however, once the federal government abandoned its commitment to protect the civil rights of the former slaves. In his conclusions, Berg cautions against exaggerating the impact of wars as catalysts of democratisation as well as ignoring their human costs and political risks. ●

PROF. DR MANFRED BERG has held the Curt Engelhorn Chair in American History at Heidelberg University's Department of History and at the Heidelberg Center for American Studies since 2005. Previously he taught at the Free University of Berlin and was a fellow at the German Historical Institute in Washington, D.C. Manfred Berg is the author of numerous books and articles on U.S. history; his work has been honoured with the Ruprecht Karls Prize of Heidelberg University (1990) and the David Thelen Award of the Organization of American Historians (2006).

Contact: manfred.berg@zegk.uni-heidelberg.de

“Those who risk their lives for their country have the right to equal citizenship and participation.”

Bürgerrechtsreformen als direkte Folge der außenpolitischen Zwänge des Kalten Krieges zu deuten. Der Durchbruch wurde von der schwarzen Bürgerrechtsbewegung durch gewaltlosen Massenprotest erkämpft. Dass der Höhepunkt der Bürgerrechtsreformen mit der Eskalation des Vietnamkrieges zusammenfiel, war Zufall, doch löste Vietnam schwere Konflikte innerhalb der Bewegung aus. Während junge Radikale den Krieg als rassistisch-imperialistische Aggression ablehnten, hielt die ältere Generation an der Überzeugung fest, dass für die schwarze Minderheit Loyalität und Patriotismus in Amerikas Kriegen ein Gebot der politischen Klugheit sei.

Die Kosten des Kriegs

Der historische Zusammenhang zwischen den Kriegen der USA und den schwarzen Bürgerrechten kam spätestens mit dem Vietnamkrieg an sein Ende. Zieht man ein kurzes Fazit, so zeigt sich, dass das Ideal des Bürgersoldaten den Afroamerikanern zwar eine diskursive Strategie eröffnete, dass dieses Ideal aber niemals ein Selbstläufer war, der über den rassistischen Zeitgeist des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hinweggetragen hätte. Auch Kriege im Namen

„Die Bilanz des Zusammenhangs von Krieg und Bürgerrechten darf niemals die menschlichen Kosten von Kriegen außer Acht lassen.“

der Demokratie führten nicht automatisch zu mehr Demokratie im eigenen Land. Die revolutionären Umwälzungen des Bürgerkrieges hatten keinen dauerhaften Bestand, erst die Bürgerrechtsbewegung Mitte des 20. Jahrhunderts konnte den institutionellen Rassismus in Amerika endgültig überwinden.

Wir sollten uns also davor hüten, den Krieg als Katalysator der schwarzen Bürgerrechte zu überschätzen. Genauso ist Vorsicht gegenüber den in den USA nach wie vor gängigen nationalistischen und militaristischen Geschichtserzählungen geboten, die suggerieren, die Afroamerikaner hätten sich ihre Bürgerrechte durch kriegerisches Heldentum und Patriotismus verdient. Vor allem darf eine Gesamtbilanz über den Zusammenhang von Krieg und Bürgerrechten niemals die menschlichen Kosten von Kriegen und die Risiken, die sie für Bürgerrechte und Freiheiten bergen, außer Acht lassen. ●